

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 21

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unionsrepubliken enthielt als Prinzip das Verbot einer sogenannten *reformatio in peius*: das heisst, die zweite Instanz darf eine gefällte Strafe nur dann erhöhen, wenn die Berufung durch den Vertreter der Anklage, den Staatsanwalt, erfolgt. Bereits nach zwei Jahren aber wurde in der Strafprozessordnung der RSFSR in Artikel 424 die völlig entgegengesetzte Möglichkeit einer Strafverschärfung bei Appellation des Verurteilten aufgenommen. Die Folge war, dass auch völlig unschuldig Verurteilte auf die Weiterziehung verzichteten, um ihren Fall nicht noch zu verschlimmern. Das Gefühl, man werde lediglich für das Rechthaben-Wollen noch zusätzlich bestraft, war — gar nicht zu Unrecht — natürlich bald verbreitet.

Die Unantastbarkeit des Angeschuldigten, beziehungsweise Angeklagten, stellt in der Sowjetunion sowohl einen konstitutionellen (Artikel 127 der Verfassung) als auch einen prozeduralen (StPO der RSFSR, Artikel 11) Grundsatz dar. Bald nach dem Erlass der Strafprozessordnung im Jahre 1924 wurde in einem nachträglichen Artikel 282 eine Ergänzung mit folgender Bestimmung zugefügt: «Wenn der Angeklagte das ihm in der Anklageschrift zugeschriebene Verbrechen gesteht, ist das Gericht nicht verpflichtet, die Einvernahme der Zeugen fortzusetzen.»

Diese Bestimmung gab nicht nur zu zahlreichen Justizmorden Anlass, sondern auch zur Einführung mittelalterlicher Foltermethoden. Diese Folge — wie so viele andere — war auch in den Volksdemokratien zu finden, die im allgemeinen der sowjetischen Rechtssprechung aufs Engste nacheifern.

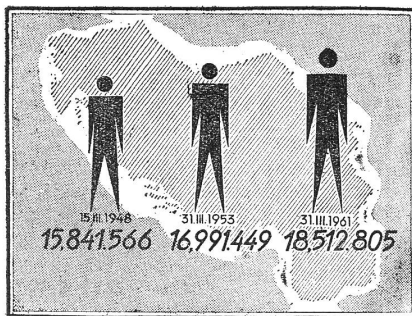
Artikel 21 der StPO der RSFSR verankert das Prinzip der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen, aber die später aufgenommenen Artikel schliessen nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Parteien aus.

Das Recht auf private Anklage wurde in Artikel 10 für gewisse Delikte anerkannt, aber eine spätere Ergänzung vom 11. Februar 1926 gab dem Staatsanwalt das Recht, «aus öffentlichem Interesse» aufzutreten.

Besonders krass und fordauernd verletzt wurde aber das in Artikel 127 der Verfassung enthaltene Prinzip: «Niemand kann anders als auf Gerichtsbeschluss oder mit Genehmigung des Staatsanwaltes verhaftet werden.» Hier war es jeweils die Geheimpolizei und die politische Polizei, die nicht nur in grössten Ausmassen Verhaftungen vornahm, sondern eine ganze Rechtssprechung ihrer todbringenden Willkür aufbaute: Die Namen dieser Organisationen sind ja Synonyme für Terror und politischen Mord geworden: Tscheka 1917 bis 1922, GPU 1922 bis 1934, NKWD 1934 bis 1946 und MWD 1946 bis 1954.

Chruschtschew schaffte diese berüchtigte Truppe des Innenministeriums ab, aber soweit es die willkürliche Rechtssprechung anbetrifft, fand er einen Ersatz in seinen Gesellschaftsgerichten, die von den Grundsätzen zur Strafrechtsgesetzgebung vom Weihnachtstag 1958 eingeführt wurden. Hier nahm die neueste Entwicklung ihren Anfang.

Sie stimmt durchaus mit den entsprechenden Bewegungen der stalinistischen Aera überein. (Forts. folgt)



Bevölkerung

Jugoslawien Die Zunahme

Nach der Volkszählung vom 31. März dieses Jahres hat Jugoslawien 18 512 805 Einwohner, oder 1 521 356 (8,95 Prozent) mehr als vor acht Jahren.

In den Einzelnen Teilrepubliken ergibt sich folgendes Bild:

Teilrepublik	Bevölkerungszahl		Zuwachs in %
	1953	1961	
Serbien	6 979 154	7 629 113	9,31
Kroatien	3 836 022	4 148 122	5,39
Slowenien	1 504 427	1 584 368	5,31
Bosnien und Herzogowina	2 847 459	3 274 886	15,01
Mazedonien	1 304 514	1 404 883	7,69
Montenegro	419 873	471 433	12,28

Die Bevölkerungsdichte in den einzelnen Gebieten:

Jugoslawien Teilrepublik	16 991 449	18 512 805	8,95
	Fläche km ²	Einwohnerzahl auf 1 km ²	1953 1961
Serbien	88 361	79	86
Kroatien	56 538	70	73
Slowenien	20 251	74	78
Bosnien und Herzogowina	51 129	56	64
Mazedonien	25 713	51	55
Montenegro	13 812	30	34
Total Jugoslawien	255 804	66	73

Unter den Städten ist die Zunahme der Landeshauptstadt Belgrad bemerkenswert, die jetzt 587 899 Einwohner gegenüber 393 531 im Jahre 1953 zählt.

Zwei wichtige Aspekte in der Wandlung der jugoslawischen Bevölkerungsstruktur nennt in einem Kommentar zur Volkszählung die «Borba» vom 15. Mai: Einerseits die Zunahme der städtischen Einwohnerschaft parallel zur Abnahme der Dorfbevölkerung, andererseits die zurückgehende Angehörigenzahl der einzelnen Haushaltungen. Die Tendenz zur Verstädterung ist somit auch in Jugoslawien unverkennbar.

Zu Titos 69. Geburtstag veröffentlichte die Literaturzeitung «Knjizevne novine» u. a. eine Aeusserung des Lyrikers Miljkovitsch (siehe KB, Nr. 10), der sich im Februar dieses Jahres das Leben nahm, über den Staatschef: «Er hat uns über die Freiheit belehrt. Er hat uns gezeigt, wie wir mit ihr umgehen sollen, um ihrer würdig zu sein. Wir haben begriffen, dass jener, welcher die Freiheit missbraucht, innerlich unfrei wird. Die Aufgabe der Freiheit ist eine einzige: sie darf nicht einschlafen. Die Frage der Freiheit ist die Frage des Gewissens: Frei sein heisst dem Gewissen eigen sein.» Die Grundlagen zu einer solchen persönlich definierten Freiheit konnte aber Miljkovitsch finden. Im Herbst des letzten Jahres sagte er sich von seinen Werken los, und einige Monate später fasste er seinen letzten freien, tragischen Entschluss.

Soziales

Sowjetunion Kollektive Bügeleisen

Die Zahl der Haushaltgeräte steigt in der Sowjetunion prozentual mit der Zahl der Klagen über mangelhafte Qualität der schlechten Service.

Vor etwa zwei Jahren fassten die Regierung und das Zentralkomitee der Partei einen speziellen Beschluss über die Versorgung der Bevölkerung mit Haushaltgeräten und Apparaten. Wie gewohnt reagierte die Sowjetpropaganda auf diesen Beschluss mit der tausendfach wiederholten Feststellung, dass nur im Lande des Sozialismus die Regierung und die Partei sich so um die Bedürfnisse der Bevölkerung kümmern können. Dann wurde es für einige Zeit still um die Menge und die Qualität der Haushaltgeräte, und nun erscheinen seit einiger Zeit in grosser Zahl Presseartikel mit alarmierenden Berichten über die Zustände auf diesem Gebiet und mit verschiedenen Vorschlägen zur Verbesserung der Lage.

Tatsache ist, dass die Produktion einzelner Haushaltgeräte, wie z. B. der Kühlschränke, der Waschmaschinen, der Fernsehapparate usw., in den letzten Jahren zugenommen hat. Die Gesamtproduktion ist aber noch ungenügend, und vor allem ist die Qualität in den meisten Fällen unbefriedigend. Ausserdem konnte die Organisation des Reparatur- und Servicedienstes immer noch nicht ausgebaut werden.

Als sehr unelastisch und unwirtschaftlich erweist sich die Planung der Produktion neuer Apparatemodelle. Viele Fabriken produzieren seit Jahren ein veraltetes Modell des Absorptionskühlschranks, vor allem den «Saratow-2», obschon seine Zweckmässigkeit gerade unter den mittelasiatischen klimatischen Verhältnissen zweifelhaft ist.

Über 45 Fabriken produzieren die Waschmaschinen. Die Produktionszahlen steigen; es handelt sich aber fast durchwegs um ältere Typen. Nur 10 Prozent der Gesamtzahl der produzierten Waschmaschinen sind halbautomatisch; vollautomatische Waschmaschinen existieren überhaupt nicht. Das gleiche kann auch über die elektrischen Bügeleisen gesagt werden — ihre Zahl nimmt zu, aber hauptsächlich mit alten Modellen ohne Thermoregulierung.

Vor 5 bis 6 Jahren gab es in der Sowjetunion viele Photoapparate, die den ausländischen Modellen ebenbürtig waren. Seither wurden aber fast keine Entwicklungsarbeiten durchgeführt, und heute ist die sowjetische Produktion von Photoapparaten nach Angaben der Sowjetpresse dem Ausland gegenüber um 4 bis 5 Jahre im Rückstand.

Gemäss dem Beschluss von 1959 sind die betreffenden Staatskomitees und Ministerien für die Entwicklung und Einführung neuer Modelle von Haushaltgeräten und Apparaten verantwortlich. Diese haben aber ihre Aufgabe offensichtlich nicht erfüllt. Man verlangt jetzt, dass das Staatskomitee für die Automation und Maschinenbau sowie das Staatskomitee für die elektronische Technik die Entwicklungsarbeiten leiten sollen (also auch hier eine Rückkehr zum Zentralismus). Der Zustand des Reparatur- und Servicedienstes wird als ausserordentlich schlecht

bezeichnet. Dies betrifft die Produktion von Ersatzteilen sowie den eigentlichen Reparatordienst. Eines der häufigsten Uebel ist die Produktion und der Verkauf von defekten Geräten. Im Jahre 1960 wurden in Moskau 135 000 Fernsehapparate installiert. Noch während der Garantiefrist wurden an diesen Apparaten 315 000 Reparaturen vorgenommen. Dies bedeutet, dass im Durchschnitt jeder Apparat in den ersten 6 Monaten 2 bis 3 Mal repariert wurde. An den 16 000 im Jahre 1960 in Moskau verkauften Kühlschränken mussten noch vor Ablauf der Garantiefrist 13 000 Reparaturen ausgeführt werden.

Die Organisation des Reparatordienstes ist dabei sehr umständlich. Die Verkaufsgeschäfte tragen keine Verantwortung für die Qualität der Ware, und so muss der Käufer mit der Fabrik direkt verhandeln und oft auch für den Transport der Geräte sorgen. Dabei ist die Zahl der Reparaturfabriken äusserst klein. So kann z. B. die Waschmaschine «Wolga» nur in 5 Städten repariert werden, was bei den grossen Entfernungen ein Problem für sich ist.

Auch die Verkaufsorganisation der Haushaltartikel wird stark bemängelt. Seit Jahren wird erfolglos verlangt, dass die Verkaufsstellen die Montage und die Garantiarbeiten selbst ausführen. Interessant ist die Tatsache, dass die Rückerstattung eines defekten Haushaltgerätes oder der Bezug eines Ersatzapparates für die Zeit der Reparatur in der Sowjetunion keine Selbstverständlichkeit ist und dass darüber eifrig diskutiert wird.

Da die Aussichten auf eine rasche und grundlegende Besserung der geschilderten Zustände offenbar sehr schwach sind, versucht man die Versorgung der Bevölkerung mit Haushaltgeräten durch die kollektive Benutzung dieser Geräte zu verwirklichen. Die Propagandaspezialisten haben ausgerechnet, dass die Waschmaschinen, Staubsauger und andere Geräte in den Wohnungen viel Platz beanspruchen und dabei nur selten gebraucht werden. Sie haben auch ausgerechnet, dass Waschmaschinen erst rentieren, wenn sie

von 30 bis 35 Familien benützt werden und die Staubsauger von 50 Familien.

Es wird nun vorgeschlagen, dass in allen Wohnhäusern gemeinsame Waschküchen eingerichtet werden. Es sollen auch Räume zur Aufbewahrung von Staubsaugern, elektrischen Blochern usw. bereitgestellt werden. Pro 100 Familien soll ein vollamtlicher Mechaniker den Unterhalt und die Ausleihe der Apparate angestellt werden. Die Kosten sollen auf die Mieter verteilt werden. Auf die gleiche Art und Weise würden in Zukunft auch die elektrischen Bügeleisen, Fahrräder und Motorräder benutzt. Dagegen wird das seit längerer Zeit propagierte System

Positiv

wurden in der gesamten sowjetischen Presse die schweizerischen Sicherheitsvorkehrungen für die in Genf wohnenden algerischen Delegierten an der Konferenz von Evian gewürdigt. Dass sogar auf ironische Seitenhiebe zur bourgeoisen Schweizer Interessenpolitik am Rande des Weltgeschehens verzichtet wird, ist gerade im Vergleich mit früheren Berichterstattungen auffällig. Die Konferenzkommentare unserer Presse werden von den sowjetischen Zeitungen an prominenter Stelle zitiert, wobei die Schweizer Meinungen ungefähr die Rolle der «vernünftigsten westlichen Ansichten» spielen.

der leihweisen Benutzung der Haushaltgeräte (es wurden bereits zahlreiche Leihstellen für Waschmaschinen, Staubsauger, elektrische Heizkörper usw. gegründet) wegen seiner Umständlichkeit (Transport, Depotgebühren) abgelehnt.

Abgesehen von den Waschmaschinen, deren kollektive Benutzung durchaus vernünftig ist und auch bei uns verbreitet ist, stellt dieses System in bezug auf die meisten anderen Haushaltgeräte keine Lösung des Problems dar, genau so wenig, wie die seit Jahren reklamierten gemeinsamen Hausküchen. Der wirtschaftliche Effekt dieses Systems ist sehr fragwürdig, weil der Verschleiss beim gemeinschaftlichen Gebrauch der kleineren Maschinen und Geräte ohne Zweifel sehr gross wird.

Berichterstattung

Ungarn

Schweiz im Widerruf verrufen

Durch eine Intervention sollten die ungarischen Leser kürzlich daran verhindert werden, ein günstiges Bild von der Schweiz zu gewinnen. Nur war das Bild schon soweit gediehen, dass die aufgezungenen Retouchen in ihrer ganzen Unechtheit offensichtlich waren.

In der mehrdeutigen Linie Quadros: Brasilien

Staats- und Regierungsform: Präsidielle Republik mit Parlament aus Abgeordnetenhaus und Senat.

Wahlberechtigt alle über 18 Jahre alten Bürger. Wehrpflicht zwischen 18 und 45 Jahren. Gliederung in 22 Bundesstaaten, vier Territorien und einem Bundesdistrikt. Staatspräsident und Regierungschef: Janio Quadros. Seit seinem Amtsantritt dieses Frühjahr ist Brasiliens Stellung im Westen weniger eindeutig. Unklares Verhalten zur kubanischen Frage und zur OAS. Aufnahme und Verstärkungen von

Beziehungen (auch wirtschaftlicher Natur) zu verschiedenen Ostblockstaaten. Scheint am Rubel interessiert, ohne den Dollar verscherzen zu wollen. Innenpolitisch sind grosse Reformen vor allem in der Bodenverteilung (noch weitgehend Grossgrundbesitz) vorzunehmen. Starke kommunistische Wühlarbeit, vor allem an den Universitäten.

Fläche: 8 513 844 Quadratkilometer.

Einwohner: 68 Millionen (1960).

Städte: Brasilia (Hauptstadt seit 1960), (alte Hauptstadt), Sao Paulo.

Ungarn wird Brasilien laut einem am 15. Mai unterzeichneten Handelsabkommen Hafenkranne, Mährescher und Dieselmotoren liefern und dafür Baumwolle und andere Produkte des lateinamerikanischen Partners einführen. Ausserhalb des Vertrages verpflichtete sich Ungarn ferner zur Lieferung kompletter Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen und Aluminiumerzeugnissen. Die brasilianische Handelsdelegatin besucht gegenwärtig zur Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen verschiedene Ostblockstaaten.

«Wohin steuert Janio Quadros?» fragt die Leipziger Volkszeitung und gibt damit zu erkennen, dass der politische Kurs Brasiliens auch im Osten mit gemischten Gefühlen betrachtet wird. Das Blatt erklärt, der Präsident sei «durch das Arbeitermassaker am 30. Oktober 1958 in Sao Paulo und durch seine Liebeserklärung an den US-Milliardär Rockefeller im Estado do Sao Paulo vom 8. Mai 1959» bekannt geworden. Andererseits wird als Positivum vermerkt, dass die gegenwärtigen Massnahmen Quadros «in den USA durchwegs saure Reaktionen hervorgerufen haben».



Bevölkerung: 60 Prozent Weisse, vor allem portugiesischer, italienischer und spanischer Abstammung, 11 Prozent Neger, Rest mit Ausnahme einiger Minderheiten (z. B. 0,5 Millionen Japaner) vorwiegend Mischlinge.

Sprache: Portugiesisch. Religion: Ueberwiegend römisch-katholisch, protestantische Minderheit.

Export: Kaffee (zwei Drittel des Ausfuhrwertes), Kakao, Baumwolle, verschiedene Erze. Wichtigster Handelspartner sind die USA.

Mitgliedschaft: ,Uno OAS.

Die Journalistin und Schriftstellerin Virag Moricz musste mitten in einem Fortsetzungsbericht über eine Schweizer Reise von Lob auf Tadel umstellen, ja sie hatte sich auf direkte Widersprüche einzulassen, um den vorerst geschaffenen guten Eindruck zu verwischen. Die eigene Schilderung wurde unvermittelt zu einem Parteidiktat, nachdem Kadars Kontrollapparat mit Verspätung zu funktionieren begonnen hatte.

Der Artikel «Ich war in der Schweiz» erschien in der Budapester «Nepsabadsag» in drei Fortsetzungen am 10., 11. und 12. Mai. Die beiden ersten Teile sind nicht nur des Lobes voll über unser Land, sondern enthalten auch durchwegs lebendige Schilderungen, die auf unmittelbare Anschauung beruhen. Der dritte Text kehrt nicht nur alles zuvor Geschehen in Kritik um, sondern enthält Angaben und Klischee-Angriffe, welche im ganzen Osten zum Arsenal der Auslandberichterstattung gehören und bei den parteikontrollierten «Informationszentren» erhältlich sind, ohne dass man dazu eine Reise unternehmen müsste. Was die Verfasserin also im dritten Teil schrieb, gründete sich nicht mehr auf das, was sie gesehen hatte, sondern auf das, was sie über unsern kapitalistischen und ergo anprangenswerten Staat zu wissen hatte. Das Material dazu wurde ihr gleichzeitig gegeben wie der Rüffel wegen freier Berichterstattung und wie der Befehl zum Widerruf.

Allerdings wird der Eingriff die ungarischen Leser kaum täuschen können. Nicht nur wegen der plötzlichen Umkehrung der Werte, nicht nur wegen der völlig unterschiedlichen Darstellungsweise, sondern auch wegen direkter Widersprüche. So wurde im zweiten Teil die Eleganz der Schweizerfrauen im günstigsten Licht dargestellt («Hübsche Mädchen, jeden Tag in neuem Kleid»), nachdem sich die Verfasserin schon im ersten Teil beifällig über die Mode geäußert hatte. Darnach aber heisst es plötzlich, die Schweizerin kleide sich auch nicht besser als die Ungarin.

Besonders positiv hatte sich Virag Moricz, eine Tochter des während des Krieges verstorbenen Schriftstellers Zsimond Moricz, über die Schulen geäußert. So beschrieb sie eine Berner Vorstadtschule: «Wunderschön, ein kleines Dorf... schöne und nicht zu grosse Gebäude... separate Turnhalle... Inneneinrichtung ausgezeichnet.» Auch die Liga für Kinderschutz und die sozialen Einrichtungen wurden in diesem Zusammenhang anerkennend hervorgehoben. Ein ganz anderes Lied wird im dritten Teil gesungen. Plötzlich steht das ganze Schulwesen unter dem Zeichen der kapitalistischen Misswirtschaft. Anhand eines sehr umständlichen Beispiels aus dem Privatschulwesen (einem ungarischen Mädchen sei die Aufnahme in ein Institut verweigert worden, als sich herausgestellt habe, dass es nicht zur politischen Emigration gehöre) wird die Parteilichkeit im Erziehungssektor «bewiesen». Im übrigen wird die ganze Schweizer Schuljugend diskreditiert. Sie sei «faul, verworfen» und verdiene nach Ansicht der Lehrer nicht, dass man sie unterrichte. «Ihr Kulturbedarf ist empörend niedrig, woran die Eltern schuld sind.»

Ueberhaupt scheint die Kultur in unserem Lande innerhalb eines Tages einen radikalen Sturz durchgemacht zu haben, wenn man die «Nepsabadsag»-Nummern vom

11. und 12. Mai miteinander vergleicht. Laut der einen Ausgabe atmet das gesamte Alltagsleben Kultur, vom Bauwesen und Wohnverhältnissen über das Bevölkerungsniveau bis zu den Erziehungsinstitutionen und den gesellschaftlichen Einrichtungen. Tags darauf aber misst die Zeitung den Kulturstandard u. a. daran, dass es in der Schweiz mehr Kinos als Theater gibt und diese neben Schauspielen und Opern auch Operetten aufführen. Für das (mangelnde) Kulturbedürfnis der Schweizer sei charakteristisch, dass man «nirgends Musik» zu hören bekomme.

Der in den ersten zwei Fortsetzungen gelobten Hotellerie wird im dritten Teil vorgeworfen, dass sie sich auf minderbezahltes ausländisches Personal stütze. Allgemein wird nun die Fremdarbeiterfrage dargestellt: Der Schweizer stelle für alle schwere körperliche Arbeit Ausländer ein, die er schlecht entlohne. So wird auf der ganzen Linie «berichtigt», was zuvor zu so begeisterten Formulierungen Anlass gegeben hatte wie der folgenden: «Eine seltsame Sache: Es gibt Menschen im fernen Amerika, die während eines ganzen Lebens Geld sammeln, um es in der Schweiz auszugeben. Und sie bereuen es nicht, weil dieses schöne Gebirgsland tatsächlich phantastisch eigenartig ist.»

Die zwei ersten Artikel waren wirklich ungewöhnlich gewesen: Kein Wort über die Imperialisten, keine Anspielung auf soziale Missstände, keine Erwähnung der unterdrückten Arbeiterklasse, kurz: keine Verwendung von Parteiklischees. Es war zu auffällig. «Jetzt warten wir auf das Dementi», meinte ein ungarischer SOI-Mitarbeiter. Und es kam, als Fortsetzung verkleidet, prompt genug.

«In der Schweiz», so heisst es im dritten Teil des oben erwähnten Berichtes, «hört das Schuljahr im April auf, damit man die Kinder für die Frühlingsarbeiten (auf den Feldern) beanspruchen kann. Erst nach deren Beendigung wird die Schule Ende Mai wieder aufgenommen. Es ist unglücklich.»

In Ungarn mussten 14jährige Zöglinge einer Berufsschule (Knaben und Mädchen) während eines dreimonatigen Praktikums auf einer Sowchose täglich 14 Stunden arbeiten, vorwiegend in Nachtschicht. Dafür erhielten sie 170 Forint im Monat (was dem halben Wochenlohn eines Facharbeiters entspricht). Das schildert glaublich und detailliert die Budapester Zeitung «Magyar Ifjusag».

Partei

Polen

Kleinstzellen

Die Grossoffensive der polnischen KP (siehe KB, Nr. 12) sucht nicht nur Massenbeherrschung, sondern das Erfassen der kleinsten Gemeinschaften mit einem ausserordentlich feinen Geäst ihrer Organisationen. Parallel mit dem quantitativen Anwachsen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (= Kommunisten) geht die Gründung unzähliger kleinen Parteizellen im ganzen Land. Gomulka legt sein Netz sorgfältig aus, bevor er es zusammenzieht. Der Meister der subtilen kommunistischen Umgarnung, im Westen wie im eigenen Land lange als Kämpfer für möglichste Freiheit im nationalen Bereich an-

gesehen, scheut keine administrative Mehrbelastung seiner Organisation, wenn es darum geht, sie allgegenwärtig zu machen.

Die Mainummer der Warschauer Monatszeitschrift «Now drogi» bringt zu den aus früheren Veröffentlichungen der «Trybuna Ludu» bereits bekannten Parteizahlen einige interessante Angaben über die Verteilung der KP-Organisation auf dem Lande. Demnach bestehen nicht weniger als 5872 Sektionen aus lediglich drei bis fünf Mitgliedern und Kandidaten, und bei 19165 Grundorganisationen (62,8 Prozent) liegt die Mitgliederzahl zwischen sechs und fünfzehn.

Solche Zellen mögen in ihrer Geringfügigkeit zunächst lächerlich erscheinen, aber gerade das sind sie keineswegs: Einmal bietet ihre blosse Anwesenheit der KP schon eine reale Kontroll- und Druckmöglichkeit, die sich namentlich in der wenigstens potentiellen Beherrschung sämtlicher gesellschaftlichen Vereinigungen kund tut. Dazu sind sie die Keimzellen zum künftigen Ausbau, der auf der einmal bestehenden Grundorganisation plötzlich unheimlich schnell erfolgen kann. Dann wird es in manchen «friedlich unpolitischen» Landstrichen (den äusseren Anschein erwecken noch manche Gebiete) zum allgemeinen Kopfschütteln kommen. Gomulka aber wird nicken.

Kultur

SBZ

Inspiration und Transpiration

Der ostzonalen Traktorlyrik stehen immer noch weitere Entwicklungsmöglichkeiten bevor, vor allem vertraglich garantierter Inhalt und Aufbau auf solider gewerkschaftlicher Grundlage.

Durch Vereinbarungen zwischen Betrieben, Gewerkschaften und Parteiorganisationen auf der einen Seite, Schriftstellern und bildenden Künstlern auf der andern Seite sollen den schöpferisch Werkstätigen nicht nur Aufträge vermittelt werden, sondern auch kollektive Mithilfe bei der Gestaltung des Werkes, so dass ein Roman über eine Traktorenfabrik auch sicher den echten Geist der ganzen Belegschaft, wie er von den Partei- und Gewerkschaftsvertretern definiert wird, atmen kann, dank allseitiger aktiver Mitwirkung.

Diese Richtlinien, die schon früheren ähnlichen Weisungen folgen, sind in einer Resolution enthalten, die der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) an seinem 5. Kongress fasste. Gewerkschaftsleitungen hätten, so heisst es, für engere Beziehungen der Künstler zu den Arbeitern einzutreten, «denn dadurch können die Künstler und Schriftsteller (der Unterschied wird gemacht) besser neue Werke schaffen, in denen die Erbauer des Sozialismus die Helden sind.» Dazu seien eben Vereinbarungen zwischen Betriebsorganisationen und Künstlern der richtige Weg. Wie er zu beschreiben sei, hätten schon 1959 die Kumpel eines Betriebes gezeigt, die dem Schriftsteller Schmidt-Elgers einen Romanauftrag gegeben hätten, die Entstehung des Werkes kontrolliert und weder mit Anregungen noch Kritiken zurückgehalten hätten. So sei

Der wahre Grund

Der Stacheldraht und die Wachtürme, die den Eisernen Vorhang zwischen dem westlichen und östlichen Teil Deutschlands bilden, seien errichtet worden, um «den Kommunistenfressern zu zeigen, dass hier ihre Bewegungsfreiheit endet», hiess es kürzlich in einer Sendung des Ostberliner Rundfunks. Diese Sendung war die Antwort an Willi Richter, den Gewerkschaftsführer der Bundesrepublik Deutschland, der die Stacheldrahtverhaue und Wachtürme eine Schande für die Zivilisation genannt hatte.

es gelungen, die tatsächlichen Ereignisse des Betriebes im Roman künstlerisch zu gestalten und Arbeit und privates Leben als eine Art Einheit zu schildern. Allerdings scheinen trotz der kollektiven Bemühungen einige Mängel feststellbar zu sein, u. a. die Darstellung der Rolle, welche die Gewerkschaften spielen. (Wieso hier Unklarheiten herrschen konnte...?) Zudem sind, «da einige Probleme nicht tief genug behandelt wurden», die Personen des Romans leicht zu verwechseln. (Ob die Arbeiter ein Interesse daran gehabt hätten, in ihren individuellen Ansichten allzu unverkennbar behandelt zu werden?)

Für die ihm solchermassen zuteil werdende Hilfe hat sich der Künstler erkennbar zu zeigen: «Jeder Künstler muss Partei ergreifen und den Weg des Volkes für den sozialistischen Aufbau mitgehen, die Weltanschauung der Arbeiterklasse kennen und ihre konkrete Anwendung, wie sie in den Beschlüssen von Partei, Regierung und Gewerkschaften enthalten ist, verstehen lernen und sich zu eigen machen.» So definiert die Ostberliner Monatszeitschrift «Die Arbeit» die künstlerischen Verpflichtungen. Der Schriftsteller tut also doch besser daran, seine Individuen nur so genau zu studieren, wie sie in den Beschlüssen von Partei, Regierung und Gewerkschaften dargestellt werden. Schliesslich geht es um Kunst, also um erfinderische Darstellung.

Landwirtschaft

Bulgarien

Komsomol im Kolchos

Wie wenig das bulgarische Parteiprogramm bisher die kriselnde Landwirtschaft zu sanieren vermochte, zeigen zwei Tagungen von KP-Organen, die sich immer noch um den Start der gleichen Aktionen bemühen, die schon seit Monaten laut früheren Ankündigungen im Gang sein sollten.

Das ZK der Partei und die Abteilung für «Propaganda und Agitation» berief Ende Mai eine Versammlung in Sofia ein, zu welcher alle Bezirks-Parteisekretäre einberufen wurden. Thema: Wie haben die Beschlüsse der ZK-Tagung (über Agrar- ausbau) den Massen propagandistisch beigebracht zu werden. Vorgesehen waren grosse Freiwilligen-Aktionen, Hebung der kollektivierten Viehzucht (die zugunsten der noch privat betriebenen von den Bauern vernachlässigt wird), Hebung der Freude an landwirtschaftlichen Berufen. Der bulgarische Komsomol wurde am 16. Mai in der Landeshauptstadt zusammengerufen. Parteisekretär Schiwkoff war anwesend, um den Führern der Jugendorganisation folgende Forderungen klar-

zumachen: 1. Beteiligung der Dorfjugend an der Entwicklung der Viehzucht. 2. Voller Einsatz der Dorfjugend im Ackerbau. 3. Beteiligung der Dorfjugend an der Ausbildung der Kader für landwirtschaftliche Technik. Was alles zu erkennen gibt, dass die angeredete Dorfjugend sich um die kollektive Agrarwirtschaft so wenig als möglich schert. Und dabei ist sie es, auf welche sich die seit einem guten halben Jahr immer neu verkündeten landwirtschaftlichen Grossaktionen stützen.

ZEITUNGEN IM OSTBLOCK

Polen

Trybuna Ludu

Warschau (Volkstribüne), Organ des ZKs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Tageszeitung die polnische «Prawda». Gut redigiertes, aber ständig mehr und mehr gleichgestaltetes Blatt. Die vor ein paar Jahren gebrachten mutigen, kritischen Äusserungen verschwanden zuletzt vollständig.

Głos pracy

(Die Stimme der Arbeit), Gewerkschaftsblatt, beschäftigt sich meist mit Arbeitsfragen. Ein ziemlich primitiv redigiertes Blatt.

Zycie Warszawy

(Das Leben von Warschau), mit einer Sonntagsbeilage, sogenanntes «Unabhängiges Blatt». Gut redigiert, viele kritische Artikel, besonders lehrhaft sind die Rubriken «Heute Telefon — morgen Antworten» (Leserbriefe und Antworten).

Nowe Drogi

(Neue Wege), Monatszeitschrift des ZKs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, entspricht dem «Kommunist» in der Sowjetunion, sowohl in Niveau als auch in Ton. Gleichgeschaltetes Parteiblatt, in welchem aber oft die neuen Ideen, die neue Entwicklungstendenz erörtert werden.

Ungarn

Népszabadság

(Volksfreiheit), Tagesblatt des ZKs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Zusammen mit der «Trybuna Ludu» ist diese Zeitung weitaus das beste Parteiblatt im Ostblock.

Magyar Nemzet

(Ungarische Nation), Blatt der Patriotischen Volksfront, entspricht sowohl im Niveau als auch im Ton der «Zycie Warszawy» in Polen. Oft trifft man mutige, kritische Äusserungen. Von besonderem Interesse sind die Inserate, die — besonders in der Sonntagsnummer — mehrere Seiten ausmachen und in bezug auf das gesellschaftliche Leben sehr lehrreich sind.

Népszava

(Volksstimme), Wochenblatt des Zentralrates der Gewerkschaften, beschäftigt sich beinahe ausschliesslich mit Arbeitsproblemen. Umfangreicher und kritischer als das gleiche polnische Blatt (Głos pracy).

Társadalmi Szemle

(Gesellschaftliche Rundschau), Monatszeitschrift des ZKs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Ebenbild des sowjetischen «Kommunist». Hauptgebiete: Ideologie und Wirtschaft.

Währung

Asien

Yüan nicht begehrt

An den fernöstlichen Geldmärkten, besonders in Indien, Burma und Indonesien, werden in der letzten Zeit immer grössere Mengen von Yüan angeboten. Diese neue chinesische Währung, die amtlich nicht konvertibel ist, wurde im Jahre 1955 eingeführt und der offizielle Dollar-Kurs 1 Dollar zu 2,40 Yüan festgesetzt. Im freien Verkauf war aber der Dollar schon zu jener Zeit 4,45 Yüan wert. Nach verschiedenen Schwankungen ist seit Ende Dezember 1960 ein erheblicher Rückfall im freien Kurs zu verzeichnen, indem der Dollar seit Januar 1961 für 7,04 und Ende März bereits für 11,7 Yüan gehandelt wurde. Es ist bezeichnend, dass dieser Kurssturz mit den ersten Nachrichten über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in China begonnen hat.

Curriculum der Woche

VLADIMIR JAKOVLEVICH KOLPAKTSCHI

Mit drei andern sowjetischen Generälen kam dieser Tage auch der bekannte Generaloberst Kolpaktschi in einem Flugzeugunglück ums Leben. Ueber die näheren Umstände des Unglücks schwieg sich die sowjetische Agentur Tass aus. Vom Verteidigungsminister wurden einzig Kondolenzbezeugungen an die Adresse der Angehörigen laut, sonst nichts.

Kolpaktschi stand im 62ten Altersjahr (geboren 1899). 1918 bis 1920 kämpfte er auf bolschewistischer Seite mit, avancierte 1920 bereits in die Militärakademie zur Offiziersausbildung. Im Zweiten Weltkrieg wurde Kolpaktschi bekannt, erst durch die Verteidigung im Raume Smolensks, später durch den Vormarsch unter Schukows Oberkommando durch Weissrussland, Polen nach Berlin. Nach Kriegsende blieb Kolpaktschi Oberkommandierender der 69ten Armee und übernahm 1955 das Oberkommando zur Verteidigung des gesamten Nordbezirkes der europäischen Sowjetunion. 1956 sodann wurde er als Abgeordneter der Karelischen Sowjetrepublik in den Obersten Sowjet delegiert und unterstand im Zentralapparat der Partei nun direkt dem Verteidigungsministerium. Man feierte Kolpaktschi als Held der Sowjetunion und zeichnete ihn mit dem Leninorden aus.

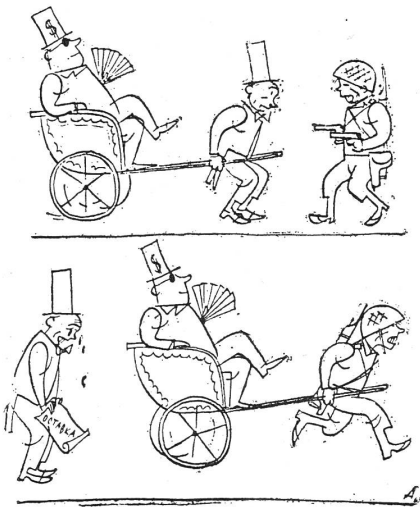
BRIEFE

Taktik und Moral

F.Z. in Olten. Ich finde, dass dabei (bei Ostkontakten, insbesondere Osthandel) zuviel über «Taktik» und zuwenig über Moral geschrieben wird. Richtig soll das sein, was auch recht ist.

Ja, aber manches, was recht ist, kann dennoch richtig oder unrichtig angepackt werden. Die Aufgabe, das Gute gut zu tun stellt uns immer wieder vor schwere konkrete Probleme, mit denen wir uns moralisch und taktisch befassen müssen.

Red. KB



Kuliwechsel

stellt nach der leichtverständlichen Zeichnung der bulgarischen Zeitung «Rabotničesko delo» der Regierungswechsel in Südkorea lediglich dar. In Wirklichkeit begegnete ja Washington der Militärjunta mit ziemlicher Reserve, wenn auch der Antikommunismus des neuen Regimes von Anfang an proklamiert worden war. Die Ostblockpresse lässt Revolten ohne kommunistische Zielrichtung oder zum mindesten einer deutlichen Spitze gegen die «imperialistischen Westmächte» prinzipiell nie gelten, und Reformen ohne Verlassen des westlichen Lagers werden immer schematisch als reaktionäre Manöver vorgestellt. Unser Beispiel erschien am 20. Mai, zu einer Zeit also, als der Charakter des südkoreanischen Umsturzes noch keineswegs mit Sicherheit zu erkennen war. Fest stand lediglich, dass er nicht kremelfreundlich war, und damit war für die kommunistischen Kommentatoren eine definitive Stellungnahme auch schon gegeben.

Unser Memo

Wie erst jetzt bekannt wurde, erschien am Mittwoch, den 26. April, auf der britischen Botschaft in Moskau ein Sowjetbürger, der um Asyl ersuchte. Als es ihm verweigert wurde, durchschnitt er sich auf der Treppe der Botschaft die Kehle. Vom Botschaftsarzt wurde dem Bedauernswerten die erste medizinische Hilfe zuteil, und bald darauf verbrachte ihn ein Krankenwagen in eines der Moskauer Spitäler. Ueber die Motive dieser Tat wie schon des Asylgesuches ist nichts Näheres bekannt. Kann man aber mit der Annahme, dass es sich um ein politisches Motiv handelte, wohl sehr daneben treffen? Man kann juristisch von einer Botschaft nicht fordern, dass sie die Bürger des Landes, in dem sie sich befindet, in Schutz nimmt (obwohl Präzedenzfälle bekannt sind). Doch handelt es sich um einen jener Fälle, die uns daran erinnern, dass es neben Rechtsprinzipien auch Gewissensgrundsätze gibt. Sind diese hier verletzt worden? Nachträglich scheint die Frage bejaht werden

zu müssen. Aber das Problem stellt sich immer wieder, ist keineswegs leicht zu lösen, und schon gar nicht ein für allemal. Hier fallen auch die schnöde anmutenden politischen Bedenken ins Gewicht. Solche Dilemmas wirken besonders tragisch, wo ein brennender Hilfe verlangender menschlicher Einzelfall kühler allgemeiner Berechnung entgegensteht. Wo diese massgebend bleibt, wirkt sie auf uns immer unmenschlich. Aber vielleicht wirkt sie im Interesse von vielen potentiellen Einzelfällen, die lediglich unser Bewusstsein, unsere Vorstellungskraft nicht berühren können. Ein Kind, das bei uns in einer verlassenen Wohnung verhungerte, wäre eine Tragödie und beanspruchte Schlagzeilen. Dass Tausende täglich in China und Indien verhungern, ist ein Ernährungsproblem und rangiert vielleicht unter einem Konferenzbericht der FAO. Das darf kein Vorwurf an unser Empfinden sein, denn wie anders wollte es die Belastung ertragen? Aber es bleibt eine Mahnung, unser Empfinden zu kontrollieren, damit es nicht als Gedankenlosigkeit grösseres, von uns nicht mit empfundenen Leid zulasse.

Es kann Fälle geben, in denen die politische Verantwortlichkeit humanitäre Regungen niederdrücken muss (die Abscheulichkeit des Vorganges dabei zu vergessen, wäre bereits Politik ohne Verantwortlichkeit). Es kann auch Fälle geben, wo die Politik der konkreten humanitären Regung trotz entgegengesetzter allgemeiner Prinzipien nachgeben darf und soll. Denn der Einzelfall ist überall erfassbar, und Psychologie gehört in eminenten Weise zur Politik. Und eine Politik kann durch die Erfüllung einer guten Tat stärkere Werbe- und Wirkungskraft ausstrahlen als durch konsequente Befolgung des besseren Zieles. Uns scheint, im einleitend angeführten Beispiel wäre das einfache Helfen aus diesem Grunde auch gute Politik gewesen. Nicht zu vergessen ist, dass auch die übelwollende Politik das Gute zu ihrem Zweck verwenden kann. Entscheidend zur Beurteilung einer Politik ist ihr Wollen im Gesamten.

Der Schnappschuss

Sieben junge Moskauer wurden zu Gefängnisstrafen zwischen sieben und acht Jahren verurteilt, weil sie Rock'n'Roll-Platten, Krawatten und ausländisches Geld mit fremden Touristen gehandelt hatten.

Mexiko unterhält in Moskau einen Stab von drei Diplomaten, die sowjetische Botschaft in Mexiko umfasst dagegen 138 «Diplomaten» und ist die grösste Lateinamerikas. Dass der Kreml das Land zum Spionagezentrum des Kontinents machen will, ist natürlich nur ein Gerücht.

Eine im Belgrader «Kommunist» veröffentlichte Biographie des vor drei Jahren verstorbenen Präsidenten des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes, Djuro Salaj, enthält auch einen Abschnitt «Unter den Arbeitern der Schweiz». Die Tätigkeit Salajs in unserem Lande geht auf die Jahre 1907/1908 zurück, als er in Thun wirkte und sich für den Ausbau der Gewerkschaftsrechte und Gewerkschaftspflichten

Die Buchbesprechung

Fritz Baade: Der Wettlauf zum Jahre 2000
Stalling-Verlag, Oldenburg/Hamburg 1961, 304 Seiten.

Der Direktor des Weltwirtschaftsarchivs in Kiel hat eine interessante Untersuchung über die Entwicklung der Welt in den nächsten 40 Jahren geschrieben. Die Weltbevölkerung mit ihrem mutmasslichen Anstieg auf 6,5 Milliarden Seelen wirft Probleme der Ernährung, der Arbeitskraftverteilung, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Rohstoff- und Energieproduktion auf, die besondere Beachtung und frühzeitige Bearbeitung verdienen. Professor Baade ist in seiner Grundhaltung Optimist. In wirtschaftsgeographischen Belangen vermag er diese Haltung mit einem eindrücklichen und in kurzweiliger Form verarbeiteten Zahlenmaterial zu unterbauen. Seine Folgerung, dass die Welt bei entsprechender Organisation auch die doppelte Bevölkerung spielend ernähren könnte, ist überzeugend. In politischer Hinsicht ist ein ebenso überzeugender Nachweis gescheitert. Baade geht davon aus, dass die kommunistische Führung der rationalen Ueberlegung zugänglich sei, wonach eine Ausdehnung ihrer Herrschaft auf die übrige Welt unverdaulich sein müsse. Das trifft zwar für den Augenblick, also für den unmittelbaren Uebergang der Macht an die kommunistische Führung nicht zu, nicht aber für die mögliche Entwicklung in der Zukunft, also für die Taktik der graduellen Machtverschiebung.

Um so stärker muss die von Baade geforderte Reorganisation der freien Welt gemäss den wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten durchgeführt werden, wobei in erster Linie das Ausbildungswesen zu fördern ist. r. r.

einsetzte. Unter anderem war er Delegierter der Thuner Sektion am Textilarbeiterkongress 1908 in Lausanne.

Dass sich in Bulgarien Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol noch kirchlich trauen lassen, ging aus einem Artikel der «Narodna Mōadez» hervor. Allerdings soll diesem «schädlichen Uebelstand» nun durch eine grosse Aufklärung des Verbandes abgeholfen werden.

«Fushun, Chinas grösstes Kohlenbergwerk, gewährt allen seinen 90 000 Bergleuten kostenlose medizinische Behandlung», meldet «Hsin Hua». Erwähnenswert ist daran, dass diese für kommunistische Staatsbetriebe sonst gerne als Selbstverständlichkeit dargestellte Regelung in diesem Falle als besonders erwähnenswert erachtet wird (und als grosse soziale Errungenschaft darnach noch eine ausführliche Schilderung erfährt).

Die Arbeiterinnen in der Abteilung Weberei der Baumwollfabrik in Bielawa in Polen sind ungewöhnlich schlank. Sie müssen so sein, schrieb «Glos Pracy», die Tageszeitung der polnischen Gewerkschaften, weil man die Maschinen zu nahe beieinander aufgestellt habe.

Aus einer Rede des bulgarischen Parteisekretärs Schiwkoff zum Raumflug Gagarins: «Unsere Freude, die Freude unseres Volkes ist dreifach. Dreifach nun deshalb, weil der stolze Falke Jurij Gagarin erstens ein Sowjetbürger ist, zweitens ein Kommunist und drittens unser Bruder gleichen Blutes, ein Slawe.» Kommunistischer Internationalismus nach Moskau ausgerichtet und mit Rassenbewusstsein gefestigt.